

Antrag auf Zuwendung nach § 23 i. V. m. § 44 LHO

Landeshaushaltsordnung (LHO)

gemäß VwV Naturschutzbildung vom 1. Dezember 2025

Hiermit beantragen wir gemäß VwV Naturschutzbildung für das aktuelle Kalenderjahr eine Zuwendung in Höhe von

125.000 Euro gemäß Nr. 5.2.a i. V. m. Nr. 6.3a VwV Naturschutzbildung

25.000 Euro gemäß Nr. 5.2.b i. V. m. Nr. 6.3b VwV Naturschutzbildung

Wer wir sind

Einrichtung

Straße, Hausnummer und Postkontaktadresse

Postleitzahl, Ort

Ansprechpartnerin/Ansprechpartner

Telefonnummer Ansprechpartnerin/Ansprechpartner

E-Mail-Adresse Ansprechpartnerin/Ansprechpartner

Kosten- und Finanzierungsplan, Umsatzsteuer

Der Kosten- und Finanzierungsplan, entsprechend der bereitgestellten Vorlage, befindet sich in der Anlage.

Die dort aufgeführten Summen sind **Bruttobeträge** (d. h. inklusive Mehrwertsteuer), da wir nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, also uns die Mehrwertsteuer nicht vom Finanzamt erstatten lassen können.

oder

Die aufgeführten Summen sind **Nettobeträge** (d. h. exklusive Mehrwertsteuer), da wir vorsteuerabzugsberechtigt sind.

Projektzeitraum

Das Projekt umfasst das aktuelle Kalenderjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember.

Wir werden mit Ende des Projektzeitraums einen Verwendungsnachweis gem. Nr. 7.4 VwV Naturschutzbildung inkl. Nachweise digital an das zuständige Regierungspräsidium senden. Eine Vorlage hierfür erhalten wir mit dem Bescheid.

Erklärungen

Hiermit erkläre ich, dass für das o. g. Projekt für das ein Förderantrag nach § 23 i. V. m. § 44 LHO eingereicht wurde, keine Fördermittel von Dritten in Anspruch genommen werden.

Ich bestätige, dass für die antragsstellende Einrichtung weder die Insolvenz beantragt wurde noch ein vorläufiges Insolvenzverfahren (Insolvenzeröffnungsverfahren) oder Insolvenzverfahren anhängig ist.

Mir ist bewusst, dass kein Rechtsanspruch auf eine Zuwendung besteht und die Zuwendungen auf die im Haushalt des Landes Baden-Württemberg bereitgestellten Mittel aus dem Wettmittelfonds beschränkt sind (Nr. 2 VwV Naturschutzbildung). Die Mittel werden nach Rangfolge des Eingangs berücksichtigt.

Hiermit erkläre ich, dass mir die folgenden subventionserheblichen Tatsachen und die strafrechtliche Konsequenz von Subventionsbetrug bekannt sind:

Mir ist bekannt, dass zu Unrecht – insbesondere aufgrund unzutreffender Angaben oder wegen Nichtbeachtung der geltenden Richtlinien und Bestimmungen des Zuwendungsbescheides – erhaltene Zuschüsse nach den für Zuwendungen des Landes geltenden Bestimmung zurückzuzahlen sind (Subventionsbetrug).

Ich habe davon Kenntnis genommen, dass die in den Antragsunterlagen aufgeführten Tatsachen, insb. die für die Höhe der Ausgaben relevante Angaben und Projektangaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind.

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen, die im Zusammenhang mit der Zuwendung unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden. Mir ist bekannt, dass die Falschangabe über subventionserhebliche Tatbestände eine Strafbarkeit im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches darstellt.

Nachweise

Folgende Unterlagen zum Nachweis der Zuwendungsvorraussetzungen haben wir Ihnen im Anhang beigelegt:

Nachweis	bei Beantragung von 125.000 Euro	bei Beantragung von 25.000 Euro
Programm über die im aktuellen Kalenderjahr geplanten Bildungsveranstaltungen	Bildungsarbeit mit mindestens 30 Gruppen pro Jahr, min. zwei Stunden im freien Gelände	Bildungsarbeit mit mindestens 20 Gruppen pro Jahr, min. zwei Stunden im freien Gelände
Nachweis über die Öffnungszeiten im aktuellen Kalenderjahr	Öffnungszeiten an von mindestens 20 Stunden/Woche an mindestens sechs Monaten im Jahr für die Allgemeinheit	Öffnungszeiten an von mindestens 10 Stunden/Woche an mindestens sechs Monaten im Jahr für die Allgemeinheit
Nachweis über das bestehende hauptamtliche Arbeitsverhältnis (z.B. Lohnbuchhaltung, Stellenpläne, Steuernachweise, anonymisierter Arbeitsvertrag)	Hauptamtlich beschäftigte Personen um Umfang von mindestens 75 Prozent, die nicht aus der VwV Naturschutzbildung finanziert wird	Hauptamtlich beschäftigte Personen um Umfang von mindestens 50 Prozent, die nicht aus der VwV Naturschutzbildung finanziert wird
Weitere vorzulegende Nachweise	Nachweis der Gemeinnützigkeit <i>oder</i> Nachweis der Trägerschaft der Öffentlichen Hand von min. 50 Prozent	Nachweis der Gemeinnützigkeit <i>oder</i> Nachweis der Trägerschaft der Öffentlichen Hand von min. 50 Prozent

Ort, Datum

Vorname & Nachname der unterschreibenden Person

rechtsverbindliche Unterschrift, ggf. Stempel

Anlagen

Kosten- und Finanzierungsplan

Nachweise zum Programm

Nachweise zu Öffnungszeiten

Nachweise zu Arbeitsverhältnissen

Nachweis zur Gemeinnützigkeit (Freistellungsbescheid des Finanzamtes) oder
Trägerschaft von 50 Prozent der öffentlichen Hand (Satzung der Einrichtung)